

## **Anlage 1**

### **Verpfändungsvertrag über Markenrechte**

#### **Interlübke Holding GmbH**

mit dem Sitz in München, AG München, unter HRB 211934, c/o Rigeto Unternehmerkapital GmbH,  
Theatinerstraße 7, 80333 München vertreten durch  
Dr. Richard Lenz, ebenda

und

#### **DBC Finance GmbH**

mit dem Sitz in Grünwald, AG München HRB 210373, : Hirtenweg 14, 82031 Grünwald, vertreten  
durch Dr. Jürgen Bauer, ebenda

A handwritten signature, possibly reading 'B', is located in the bottom right corner of the page.

## INHALTSVERZEICHNIS

|   |    |
|---|----|
| LISTE DER DEFINIERTEN BEGRIFFE .....  | 3  |
| PRÄAMBEL .....  | 4  |
| § 1 VERPFÄNDUNGSERKLÄRUNG UND PFANDRECHTSBESTELLUNG .....                                   | 5  |
| § 2 SICHERUNGSZWECK.....  | 7  |
| § 3 VERFÜGUNGSBEFUGNIS UND BELASTUNGSFREIHEIT .....   | 7  |
| § 4 BEEINTRÄCHTIGUNG DER MARKEN .....   | 9  |
| § 5 VERZICHT AUF EINREDEN .....   | 9  |
| § 6 VERWERTUNG.....   | 9  |
| § 7 INFORMATIONSPFLICHTEN .....   | 10 |
| § 8 GANZE ODER TEILWEISE ABTRETUNG DER DURCH DAS PFANDRECHT GESICHERTEN<br>FORDERUNGEN..... | 11 |
| § 9 FREIGABEVERPFLICHTUNG DURCH DIE SICHERHEITENTREUHÄNDERIN .....                          | 11 |
| § 10 SCHLUSSBESTIMMUNGEN .....  | 11 |

## LISTE DER DEFINIERTEN BEGRIFFE

| Begriff                        | Fundstelle | Begriff                         | Fundstelle        |
|--------------------------------|------------|---------------------------------|-------------------|
| Anleihe .....                  | Präambel B | Sicherungsgeberin .....         | Präambel A        |
| Anleihegläubiger .....         | Präambel B | Teilschuldverschreibungen ..... | Präambel B        |
| Interlübke China GmbH .....    | Präambel C | Vertrag .....                   | Präambel          |
| Partei .....                   | Präambel   | Vertragsmarke 1 .....           | Präambel A lit. a |
| Parteien .....                 | Präambel   | Vertragsmarke 2 .....           | Präambel A lit. b |
| PRC JV .....                   | Präambel C | Vertragsmarke 3 .....           | Präambel A lit. c |
| Sicherheitentreuhänderin ..... | Präambel C | Vertragsmarken .....            | Präambel A        |
| Sicherungsfall .....           | § 6.1      |                                 |                   |

## PRÄAMBEL

A. Die Interlübke Holding GmbH, mit dem Sitz in München (die **"Sicherungsgeberin"**) ist Inhaberin der näher bezeichneten Marken sowie die nachstehend unter lit. a bis lit. c näher bezeichneten Marken (insgesamt die **"Vertragsmarken"**):

a. Deutsche Marke „interlübke“

Register Nr. 767475

Wort-Bildmarke „interlübke“

Anmeldetag: 24.05.1961

Tag der Eintragung: 15.11.1962

Eingetragen für die Waren „Möbel“ (Klasse 20)

(die **„Vertragsmarke 1“**)

b. Gemeinschaftsmarke „interlübke“

Register Nr. 010139236

Wortmarke „interlübke“

Anmeldetag: 21.07.2011

Eintragungstag: 22.12.2011

Eingetragen für die Waren „Möbel, Spiegel, Bilderrahmen; Waren, soweit sie nicht in anderen Klassen enthalten sind, aus Holz, Kork, Rohr, Binsen, Weide, Horn, Knochen, Elfenbein, Fischbein, Schildpatt, Bernstein, Perlmutter, Meerscham und deren Ersatzstoffen oder aus Kunststoffen“ (Klasse 20); Webstoffe und Textilwaren, soweit nicht in anderen Klassen enthalten; Möbelbezugsstoffe, Bett- und Tischdecken (Klasse 24); Reparatur von Möbeln einschließlich Wiederauffrischen derselben durch Beschichten, Beizen und Lackieren (Klasse 37); Dienstleistung eines Innenarchitekten (Klasse 42).

(die **„Vertragsmarke 2“**)

c. Internationale Marke „interlübke“

Register Nr. 308064

Wort-Bildmarke „interlübke“

Benennungen unter dem Madrider Protokoll: AU, EE, GB, GE, IE, JP, LT, SG, TR, US, AT, BX, BY, CH, CN, CZ, DE, ES, FR, IT, LI, LV, MC, PL, PT, RO, RU, SI, SK, SM, UA

Benutzungsabsichtserklärung GB, IE, SG, US

Anmeldetag: 24.01.1966

Tag der Veröffentlichung: 01.03.1966

Eingetragen für die Waren „Möbel“ (Klasse 20).

(die **„Vertragsmarke 3“**)

Die Sicherungsgeberin hat die Vertragsmarken mit Markenkaufvertrag vom 15. Oktober 2015 von der Lübke GmbH & Co. KG, mit Sitz in Rheda-Wiedenbrück erworben. Der Antrag auf



Umschreibung der Vertragsmarken in den jeweiligen Registern ist gestellt, jedoch zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrages noch nicht vollzogen. Die Vertragsmarken wurden der Lübke GmbH & Co. KG mit Lizenzvertrag vom 15. Oktober 2015 zurücklizensiert.

- B. Die Sicherungsgeberin beabsichtigt für einen festen Zeitraum von 3 Jahren festverzinsliche Inhaber-Teilschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von mindestens EUR 2.000.000,00 und maximal EUR 3.000.000,00 unter der WKN A2BN6C / ISIN DE000A2BN6C8 zu begeben (die „**Anleihe**“). Die Anleihe wird eingeteilt in untereinander gleichberechtigte auf den Inhaber lautende Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von jeweils EUR 5.000,00 (die „**Teilschuldverschreibungen**“). Die jeweiligen Inhaber von Teilschuldverschreibungen werden nachfolgend als die „**Anleihegläubiger**“ bezeichnet. Für die Anleihe gelten die Anleihebedingungen.
- C. Die Sicherungsgeberin befindet sich derzeit in Überlegungen, über eine noch zu errichtende zu 100% von der Sicherungsgeberin gehaltenen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (derzeit vorgesehene „**Interlübke China GmbH**“) im Rahmen eines Joint Ventures Gesellschaftsanteile an einer Gesellschaft nach dem Recht der Volksrepublik China oder dem Recht von Hong-Kong zu übernehmen (das „**PRC JV**“) und an das PRC JV Nutzungsrechte an den Vertragsmarken für die Region China/ Hong-Kong und ggf. anliegende Staaten in Asien zu übertragen.
- D. Gemäß separatem Sicherheitentreuhandvertrag (der „**Sicherheitentreuhandvertrag**“) zwischen der Sicherungsgeberin und der DBC Finance GmbH (die „**Sicherheitentreuhänderin**“) wird sich die Sicherheitentreuhänderin verpflichten, treuhänderisch im Interesse aller Anleihegläubiger die gemäß den Anleihebedingungen zu bestellenden Sicherheiten als Treuhänder für die Anleihegläubiger zu halten und zu verwalten.

Dies vorausgeschickt schließen die Sicherungsgeberin und die Sicherheitentreuhänderin (gemeinsam die „**Parteien**“, jeder einzelne eine „**Partei**“), folgenden Verpfändungsvertrag über GmbH-Gesellschaftsanteile (der „**Vertrag**“):

## § 1 VERPFÄNDUNGSERKLÄRUNG UND PFANDRECHTSBESTELLUNG

- 1.1 Die Sicherungsgeberin verpfändet hiermit folgende Rechte an die Sicherheitentreuhänderin.
  - a. die Vertragsmarke 1 einschließlich sämtlicher an dieser bestehende Anwartschaftsrechte sowie sämtlicher an dieser Marke durch Benutzung oder infolge notorischer Bekanntheit entstandenen und noch durch Benutzung oder infolge notorischer Bekanntheit entstehenden Kennzeichenrechte, und zwar jeweils im Hinblick auf alle eingetragenen oder noch zur Eintragung kommenden oder anderweitig Schutz genießenden Waren und Dienstleistungen,



- b. die Vertragsmarke 2 einschließlich sämtlicher an dieser bestehende Anwartschaftsrechte sowie sämtlicher an dieser Marke durch Benutzung oder infolge notorischer Bekanntheit entstandenen und noch durch Benutzung oder infolge notorischer Bekanntheit entstehenden Kennzeichenrechte, und zwar jeweils im Hinblick auf alle eingetragenen oder noch zur Eintragung kommenden oder anderweitig Schutz genießenden Waren und Dienstleistungen,
  - c. die Vertragsmarke 3 im Hinblick auf die Staaten, in denen diese Schutz beansprucht, wie auch noch erfolgende Schutzausdehnungen, jeweils ohne Rücksicht darauf, ob der Marke bereits Schutz erteilt ist oder erst noch Schutz erteilt werden wird, einschließlich sämtlicher an dieser bestehende Anwartschaftsrechte sowie sämtlicher an dieser Marke durch Benutzung oder infolge notorischer Bekanntheit entstandenen und noch durch Benutzung oder infolge notorischer Bekanntheit entstehenden Kennzeichenrechte, und zwar jeweils im Hinblick auf alle eingetragenen oder noch zur Eintragung kommenden oder anderweitig Schutz genießenden Waren und Dienstleistungen,
  - d. sämtliche neuen Anmeldungen und Eintragungen der in der Präambel unter Buchstabe A bezeichneten Kennzeichen als Marke, einschließlich sämtlicher an diesen bestehenden Anwartschaftsrechte sowie sämtlicher an diesen Marken durch Benutzung oder infolge notorischer Bekanntheit entstandenen und noch durch Benutzung oder infolge notorischer Bekanntheit entstehenden Kennzeichenrechte;
  - e. sämtliche Forderungen, die aus der Lizenzierung oder sonstigen Verwertung der Vertragsmarken herrühren.
- 1.2 Die Sicherheitentreuhänderin nimmt die Verpfändung der in § 1.1 bezeichneten Vertragsmarken, Anwartschaftsrechte und sonstige Rechte und Forderungen hiermit an.
- 1.3 Die Sicherungsgeberin ist verpflichtet, der Sicherheitentreuhänderin auf Anforderung an allen Unterlagen das Eigentum zu verschaffen, die für das Entstehen und den Bestand der in § 1.1 bezeichneten Vertragsmarken, Anwartschaftsrechte und sonstige Rechte und Forderungen von Belang sind. Diese Unterlagen umfassen insbesondere:
- a. sämtliche Korrespondenz im Zusammenhang mit der Anmeldung jeder Vertragsmarke einschließlich der Amtsbescheide und der Anwaltskorrespondenz mit dem jeweiligen Amt, und
  - b. die Originale der Eintragungsurkunden samt zugehöriger Bescheinigungen und Ergänzungen und Berichtigungen.
- 1.4 Befinden sich die unter § 1.3 bezeichneten Unterlagen im Zeitpunkt der Eigentumsübertragung nach § 1.3 bei der Sicherungsgeberin, wird die Übergabe der Unterlagen hiermit ersetzt durch die Einräumung mittelbaren Besitzes im Sinne des § 868 BGB zugunsten der Sicherheitentreuhänderin. Die Sicherungsgeberin ist verpflichtet, die Unterlagen nach § 1.3 auf Verlangen an die Sicherheitentreuhänderin herauszugeben. Die Berechtigung der





Sicherungsgeberin zum Besitz erlischt mit dem Herausgabeverlangen. Es wird vereinbart, dass die Sicherungsgeberin alle Unterlagen für die Sicherheitentreuhänderin unentgeltlich verwahrt.

- 1.5 Befinden sich die Unterlagen im Zeitpunkt der Eigentumsübertragung nach § 1.3 bei einem Dritten, tritt hiermit die Sicherungsgeberin ihre Herausgabeansprüche gegen den Dritten an die Sicherheitentreuhänderin ab. In diesem Fall räumt die Sicherungsgeberin der Sicherheitentreuhänderin hiermit außerdem das Recht ein, in ihrem Namen die Unterlagen bei dem Dritten herausverlangen zu können.
- 1.6 Solange sich die in § 1.3 beschriebenen Unterlagen bei der Sicherungsgeberin befinden, hat die Sicherheitentreuhänderin das Recht, nach vorheriger Ankündigung während der gewöhnlichen Geschäftszeit diese Unterlagen in den Geschäftsräumen der Sicherungsgeberin einzusehen. Die Sicherheitentreuhänderin erhält ferner die Erlaubnis der Sicherungsgeberin, in deren Namen die Marken betreffende Aktenstücke beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA), beim Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum, beim jeweiligen nationalen Markenamt sowie bei dem bei der World Intellectual Property Organization (WIPO) angesiedelten Internationalen Büro einzusehen.

## **§ 2 SICHERUNGSZWECK**

- 2.1 Die Verpfändung der Vertragsmarken gemäß § 1 dient zur Sicherung aller bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche, die den Anleihegläubigern aus der Anleihe gegen die Sicherungsgeberin zustehen, insbesondere die Ansprüche auf Zahlung von Zinsen und Rückzahlung der Anleihe sowie aller bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche der Sicherheitentreuhänderin aus der Parallelschuld gemäß § 8 und § 5 des Sicherheitentruhandvertrages.
- 2.2 Sollte die Begebung der Anleihe nichtig sein, wirksam angefochten, widerrufen oder aufgehoben werden oder aus sonstigen Gründen unwirksam oder nicht vollziehbar sein, so sind auch alle hieraus resultierenden vertraglichen und gesetzlichen Ansprüche der Anleihegläubiger gegen die Sicherungsgeberin gesichert.

## **§ 3 VERFÜGUNGSBEFUGNIS UND BELASTUNGSFREIHEIT**

- 3.1 Die Sicherungsgeberin versichert in Bezug auf die Vertragsmarken, dass sie unbeschränkte und alleinige Inhaberin der durch sie verpfändeten Vertragsmarken und der mitverpfändeten Rechte und Ansprüche ist und sie frei darüber verfügen darf und dass die verpfändeten Vertragsmarken und die mitverpfändeten Rechte und Ansprüche insbesondere nicht bereits an Dritte übertragen oder mit Rechten Dritter belastet sind und die Vertragsmarken nicht Gegenstand gerichtlicher Streitigkeiten sind.



- 3.2 Bis zum Eintritt des Sicherungsfalles wird die Sicherungsgeberin alle Rechte aus den Vertragsmarken im eigenen Namen ausüben. Dies schließt das Recht ein, die Vertragsmarken selbst zu benutzen und im Rahmen des bei ihr üblichen Geschäftsverkehrs Lizenzen an den Vertragsmarken (insbesondere an die Lübke GmbH) zu erteilen. Dies gilt ausdrücklich nicht für die Einräumung von Nutzungsrechten an den Vertragsmarken an weitere Gesellschaften an denen die Sicherungsgeberin künftig mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist. Eine solche Einräumung ist nur dann zulässig, wenn vorab der Sicherheitentreuhänderin sämtliche Geschäftsanteile an der mittelbaren oder unmittelbaren Beteiligung zur Sicherung der Ansprüche der Anleihegläubiger verpfändet worden sind. Für den in der Präambel unter Buchstabe C genannten Sachverhalt gilt folgendes: eine Übertragung von Nutzungsrechten an das PRC JV ist (erst) dann zulässig, wenn der Sicherheitentreuhänderin vorab die Geschäftsanteile an der Interlücke China GmbH, die die Geschäftsanteile an dem PRC JV hält, als Sicherheit für alle bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche, die den Anleihegläubigern aus der Anleihe gegen die Sicherungsgeberin zustehen, verpfändet wurden. Dies gilt nicht für die Lübke GmbH, mit Sitz in Rheda-Wiedenbrück, an die bereits heute Markenrechte zur Nutzung überlassen sind
- 3.3 Es ist der Sicherungsgeberin gestattet, die der Sicherheitentreuhänderin gemäß § 1.1e verpfändeten Forderungen bis zum Eintritt des Sicherungsfalles im Rahmen eines ordnungsmäßigen Geschäftsbetriebs selbst einzuziehen. Der Weiterverkauf der Forderungen durch den Sicherungsgeber, etwa im Wege des echten Factoring, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Sicherheitentreuhänderin.
- 3.4 Die Sicherheitentreuhänderin ist, wenn die Sicherungsgeberin mit Zahlungen auf die gemäß § 1 gesicherten Ansprüche in Verzug ist, berechtigt zur Wahrung ihrer berechtigten Belange insbesondere bei Gefährdung der in diesem Vertrag vereinbarten Sicherheiten oder der gesicherten Verbindlichkeiten, die Berechtigung der Sicherungsgeberin zur Empfangnahme zu widerrufen und die Zahlungen selbst einzuziehen.
- 3.5 Bis zum Eintritt des Sicherungsfalles (wie in § 6.1 definiert) ist für eine Verteidigung der Marken weiterhin die Sicherungsgeberin zuständig, die über eine Verteidigung der Vertragsmarken gegen Angriffe Dritter oder gegen Verletzungen durch Dritte nach pflichtgemäßem Ermessen entscheidet und die damit verbundenen Kosten trägt. Die Sicherungsgeberin ist verpflichtet, die Sicherheitentreuhänderin über alle Angriffe auf den Bestand der Vertragsmarken zu unterrichten. Wünscht die Sicherheitentreuhänderin eine Verteidigung der Vertragsmarken, obwohl die Sicherungsgeberin eine solche Verteidigung nicht für erforderlich oder sinnvoll hält, wird die Sicherungsgeberin trotzdem auf Wunsch der Sicherheitentreuhänderin die von dieser vernünftigerweise gewünschten Maßnahmen treffen, sobald die Sicherheitentreuhänderin bzw. Anleihegläubiger die Übernahme der damit verbundenen Kosten zugesagt hat. § 4 letzter Satz gilt entsprechend. Die Sicherungsgeberin wird auch alle notwendigen Erklärungen gegenüber dem Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA), dem Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum, den jeweiligen nationalen Markenämtern und gegenüber dem bei der World Intellectual Property Organization (WIPO) angesiedelten Internationalen Büros abgeben.



#### § 4 BEEINTRÄCHTIGUNG DER MARKEN

Die Sicherungsgeberin wird sich aller Maßnahmen enthalten, die den Bestand oder den Schutzzumfang der Vertragsmarken beeinträchtigen oder gefährden; sie ist jedoch nicht verpflichtet, von ihr nicht mehr für sinnvoll gehaltene Marken weiterhin in einem rechtserhaltenden Umfang zu benutzen. Falls die Sicherungsgeberin beabsichtigt, zur Verlängerung anstehende Vertragsmarken nicht zu verlängern, wird sie dies der Sicherheitentreuhänderin rechtzeitig vorher schriftlich mitteilen, und sie wird auch diese Marken verlängern, wenn ihr die Sicherheitentreuhänderin gegebenenfalls nach Rückkopplung mit den Anleihegläubigern ihren Wunsch nach einer Verlängerung dieser Vertragsmarken und ihre Bereitschaft bzw. von Anleihegläubigern zur Übernahme der dafür anfallenden Kosten rechtzeitig vorher schriftlich mitgeteilt hat; allerdings hat die Sicherungsgeberin die Kosten der Verlängerung dann zu tragen, wenn deren Aufrechterhaltung wirtschaftlich sinnvoll ist oder die Gefahr besteht, dass der Sicherungszweck dieses Vertrages nicht erreicht wird.

#### § 5 VERZICHT AUF EINREDEN

Die Pfandhaftung besteht auch dann, wenn die Sicherungsgeberin, das Geschäft, das seiner Verbindlichkeit zugrunde liegt, anfechten kann (Verzicht auf die dem Verpfänder nach §§ 1211, 770 Abs. 1 BGB zustehende Einrede der Anfechtbarkeit der Hauptschuld). Ferner kann sich die Sicherungsgeberin nur dann darauf berufen, dass die Sicherheitentreuhänderin bzw. die Anleihegläubiger ihre Ansprüche durch Aufrechnung gegen fällige Forderungen der Sicherungsgeberin befriedigen kann, wenn die Gegenforderung der Sicherungsgeberin unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist (Verzicht auf die dem Verpfänder nach §§ 1211, 770 Abs. 2 BGB zustehende Einrede auf Aufrechnungbarkeit).

#### § 6 VERWERTUNG

- 6.1 Die Sicherheitentreuhänderin ist berechtigt, die verpfändeten Vertragsmarken und die mitverpfändeten Rechte und Ansprüche zu verwerten, wenn ein Sicherungsfall eintritt. Der „**Sicherungsfall**“ im Sinne dieses Vertrages tritt ein, wenn die Sicherungsgeberin mit Zahlungen auf die gemäß § 2 gesicherten Ansprüche in Verzug ist und – außer in den Fällen des § 6.2 – trotz einer nach Eintritt des Verzuges erfolgten schriftlichen Aufforderung durch die Sicherheitentreuhänderin nicht innerhalb von vier (4) Wochen nach Zugang dieser Aufforderung vollständige Zahlung der gegenüber den Anleihegläubigern geschuldeten und fälligen Beträge geleistet hat.
- 6.2 Eine Fristsetzung ist nicht erforderlich, wenn über das Vermögen der Emittentin bereits ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wurde.



- 6.3 Die Verwertung der Vertragsmarken und Anwartschaftsrechte erfolgt grundsätzlich im Wege der Zwangsvollstreckung nach den gesetzlichen Vorschriften. Abweichend davon kann die Sicherheitentreuhänderin nach Eintritt des Sicherungsfalles von der Sicherungsgeberin verlangen, einer Verwertung im Wege des freihändigen Verkaufs oder der Erteilung von Lizenzen an diesen Marken zuzustimmen. Die Sicherungsgeberin ist berechtigt, die Zustimmung zu verweigern, sofern berechnigte Interessen der Sicherungsgeberin gegen eine solche Verwertung bestehen. Falls die Sicherungsgeberin einer Verwertung durch Erteilung von Lizenzen an den Marken zustimmt, verpflichtet sich die Sicherheitentreuhänderin, der Sicherungsgeberin alle wesentlichen Bedingungen der beabsichtigten Lizenzvergabe vorher schriftlich anzukündigen.
- 6.4 Mit Eintritt des Sicherungsfalles hat die Sicherheitentreuhänderin jederzeit das Recht, die Forderungen gemäß § 1.1e selbst einzuziehen.
- 6.5 Die Sicherheitentreuhänderin wird bei der Verwertung auf die berechtigten Belange der Sicherungsgeber Rücksicht nehmen.

## **§ 7 INFORMATIONSPFLICHTEN**

- 7.1 Die Sicherungsgeberin ist verpflichtet, der Sicherheitentreuhänderin auf Anforderung eine aktualisierte Aufstellung aller nach § 1.1 verpfändeten Rechte zu erstellen und der Sicherheitentreuhänderin unverzüglich zu übermitteln; die Aufstellung hat für jedes Schutzrecht wenigstens die folgenden Informationen zu enthalten: Schutzstaat, Bezeichnung des geschützten Rechts, Registernummer oder Aktenzeichen, Status (eingetragen/angemeldet/gelöscht), Waren und/oder Dienstleistungsklassen, Vermerk, ob ein auf die Löschung einschließlich einer Teillöschung gerichtetes Verfahren anhängig ist. Darüber hinaus ist die Sicherungsgeberin verpflichtet, der Sicherheitentreuhänderin auf Anforderung eine Liste der gemäß § 1.1e abgetretenen Forderungen und Drittschuldner zu übermitteln und die zugrunde liegenden Verträge insbesondere die in Ansehung der Vertragsmarke abgeschlossenen Lizenzverträge.
- 7.2 Die Sicherungsgeberin gestattet der Sicherheitentreuhänderin, zur Prüfung und Geltendmachung der verpfändeten Rechte und Ansprüche Einsicht in seine diesbezüglichen Unterlagen zu nehmen.
- 7.3 Werden die verpfändeten Vertragsmarken und Anwartschaftsrechte sowie die mitverpfändeten Ansprüche und/ oder Rechte gepfändet oder in sonstiger Weise beeinträchtigt, hat die Sicherungsgeberin die Sicherheitentreuhänderin hiervon unverzüglich zu informieren und denjenigen, der das Pfandrecht der Sicherheitentreuhänderin beeinträchtigt, insbesondere die Pfändungspfandgläubiger unverzüglich schriftlich von dem Sicherungsrecht der Sicherheitentreuhänderin zu unterrichten.

*B*



## **§ 8 GANZE ODER TEILWEISE ABTRETUNG DER DURCH DAS PFANDRECHT GESICHERTEN FORDERUNGEN**

Die ganze oder teilweise Abtretung der durch das Pfandrecht gesicherten Forderungen führt nicht zum Untergang des ursprünglichen Pfandrechts und zur Entstehung eines oder mehrerer neuer Pfandrechte, sondern lässt das Pfandrecht unberührt. Es gilt § 1250 Abs. 1 BGB.

## **§ 9 FREIGABEVERPFLICHTUNG DURCH DIE SICHERHEITENTREUHÄNDERIN**

Nach vollständiger und endgültiger Befriedigung der durch diese Verpfändung gesicherten Ansprüche hat die Sicherheitentrehänderin der Sicherungsgeberin auf deren Verlangen hin eine schriftliche Bestätigung zu erteilen, dass die Verpfändung sich erledigt hat die verpfändeten Vertragsmarken, Anwaltschaftsrechte und Forderungen sowie sonstigen Ansprüche freigegeben sind.

## **§ 10 SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

- 10.1 Die zitierten Anlagen zu diesem Vertrag bilden einen wesentlichen Bestandteil desselben, soweit diese nicht zu Beweis Zwecken beigelegt sind. Die Überschriften in diesem Vertrag dienen lediglich der besseren Orientierung und sind für Inhalt und Auslegung dieses Vertrages ohne Bedeutung.
- 10.2 Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages, sowie die nach dem Vertrag abzugebenden Erklärungen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit keine notarielle Beurkundung oder Beglaubigung vorgeschrieben ist. Das gilt auch für eine Änderung der Bestimmungen dieses § 10.2. Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag sind nicht getroffen.
- 10.3 Auf diesen Vertrag findet deutsches Recht unter Ausschluss der IPR-Vorschriften Anwendung.
- 10.4 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist, soweit dies gesetzlich zulässig, München (Landgericht München I).
- 10.5 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, oder für den Fall, dass dieser Vertrag eine unbewusste Lücke enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Anstelle der unwirksamen, undurchführbaren oder fehlenden Bestimmung werden die Parteien eine solche rechtlich zulässige Bestimmung vereinbaren, wie sie die Parteien unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen und rechtlichen Zwecks dieses Vertrages vereinbart hätten, wenn ihnen bei Abschluss dieses Vertrages die Unwirksamkeit, Undurchführbarkeit oder das Fehlen der betreffenden Bestimmung bewusst gewesen wäre.



***[Unterschriftenseite folgt]***

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized, cursive letter 'A' or similar character.



München, den 6. Juli 2016

Z. Ger.

Interlübke Holding GmbH

Grünwald, den 13.7.16

[Signature]

DBC Finance GmbH

# Globalurkunde

ISIN DE000A2BN6C8

WKN A2BN6C

der

## Interlübke Holding GmbH

München

(eingetragen im Handelsregister München unter HRB 211934)

(die „Emittentin“)

über

**bis zu EUR 3.000.000,00**

### **Inhaber-Teilschuldverschreibung von 2016 (2019)**

eingeteilt in bis zu 600 Inhaber-Teilschuldverschreibungen zu je EUR 5.000,00.

Diese Globalurkunde verbrieft die Inhaber-Teilschuldverschreibung der Interlübke Holding GmbH, München, gemäß den beigefügten Anleihebedingungen.

Die Emittentin verpflichtet sich, nach Maßgabe der Anleihebedingungen an den Inhaber dieser Globalurkunde die hierauf nach den Anleihebedingungen zahlbaren Beträge zu zahlen.

Die Globalurkunde dient ausschließlich der Hinterlegung bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main. Ansprüche auf Lieferung von Einzelurkunden können für die gesamte Dauer der Laufzeit nicht geltend gemacht werden.

Die jeweilige Valutierung der Global-Inhaber Teilschuldverschreibung ergibt sich aus der jeweils aktuellen EDV-basierten Depotdokumentation der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main.

München, im Juli 2016

Interlübke Holding GmbH



---

Dr. Richard Lenz

